



Parlamentarischer Vorstoss

Vorstoss-Nr.: 028-2021
Vorstossart: Motion
Richtlinienmotion: ☐
Geschäftsnummer: 2021.RRGR.53

Eingereicht am: 09.03.2021

Fraktionsvorstoss: Nein
Kommissionsvorstoss: Nein
Eingereicht von: Hegg (Lyss, FDP) (Sprecher/in)
Schär (Schönried, FDP)
Rappa (Burgdorf, Die-Mitte)

Weitere Unterschriften: 0

Dringlichkeit verlangt: Nein
Dringlichkeit gewährt:

RRB-Nr.: vom
Direktion: Sicherheitsdirektion
Klassifizierung: Nicht klassifiziert
Antrag Regierungsrat: **Auswahl**

Kriminalität rund um das Bundesasylzentrum in Lyss/Kappelen - effektive und nachhaltige Lösung gefordert!

Der Regierungsrat wird beauftragt,

1. Massnahmen auf Stufe Bund einzufordern, die eine effektive und nachhaltige Verbesserung der Sicherheitslage in den Gemeinden/der Region rund um die Bundesasylzentren mit sich bringen
2. geeignete Vorkehrungen zu treffen, um rasch reagieren zu können, falls kriminelle Handlungen in einem vergleichbaren oder grösseren Ausmass von Bewohnern von kantonalen Asylzentren ausgehen sollten

Begründung:

In den letzten Wochen und Monaten hat die Kriminalität in den Gemeinden rund um das Bundesasylzentrum in Lyss/Kappelen trotz einer niedrigen Belegung im BAZ (ca. 50 von 270 Plätzen sind aktuell belegt) spürbar zugenommen. Namentlich haben sich in der Region gehäuft Diebstähle, Einschleichen von Asylsuchenden und Sachbeschädigungen ereignet. Die Kantonspolizei hat die erforderlichen Massnahmen ergriffen, ihre Präsenz erhöht und soweit möglich die Täterschaft angehalten und der Strafjustiz zugeführt. Vielfach weisen die Täter eine Gemeinsamkeit auf: Sie sind abgewiesene Asylsuchende, die die Schweiz zu verlassen haben, sich jedoch der Ausreise widersetzen und/oder bei denen eine Rückführung ins Heimatland mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden ist. Sie haben darum wenig zu verlieren, sind deliktisch tätig und lassen sich weder von der Polizei noch von Strafurteilen und zwischenzeitlichen Inhaftierungen von weiteren Delikten abhalten. Zudem verhalten sie sich gegenüber der Polizei zum Teil sehr arrogant und uneinsichtig. Der Rechtsstaat stösst bei ihnen an seine Grenzen. Das sorgt für Frust und Ärger in der Bevölkerung. Der öffentliche «Goodwill» und die Akzeptanz werden arg strapaziert. Es sind effektive und nachhaltige Lösungsansätze gefordert, dieser Entwicklung Einhalt zu gebieten.

Da das Asylwesen Bundessache ist, sind die Lösungen primär auf Bundesebene zu finden. Der Regierungsrat wird ersucht, entsprechend Einfluss zu nehmen. Konkret ist auf Bundesebene einzufordern, den diplomatischen (und finanziellen) Druck auf die Staaten zu erhöhen und/oder Anreize zu schaffen, die eigenen Landsleute zurückzunehmen.

Zusätzlich ist durch den Regierungsrat beim Bund zu erwirken, dass für abgewiesene Asylbewerbende, die straffällig werden oder sogenannte «Gelegenheits- oder Überlebensdelikte» begehen, mit geeigneten Massnahmen von diesem Tun abgehalten werden. Abhilfe schaffen könnten gemeinnützige Beschäftigungsprogramme (z. B. Abfallbeseitigung in Wäldern und Gewässern, Reinigung von Strassenrändern) und im Sinne einer Ultima Ratio die Reaktivierung «besonderer Zentren» des Bundes für renitente Personen. Am Grundsatz, dass abgewiesenen und weggewiesenen Asylsuchenden keine Integrationsbemühungen zu Gute kommen sollen, soll festgehalten werden. Die Förderung ihrer Ausreise muss weiterhin im Vordergrund stehen, um falsche Anreize zu vermeiden. Denkbar ist, dass solche störenden Vorkommnisse auch von Personen in kantonalen Asylzentren ausgehen. Der Regierungsrat wird ersucht, hierfür geeignete Vorkehrungen zu treffen. Sollten die Massnahmen keinen Erfolg zeigen, wäre mit einer Leistungsvereinbarung eine Unterbringung in einem «besonderen Zentrum» des Bundes für renitente Personen anzustreben.

Verteiler

– Grosser Rat